



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Familien und Soziales**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Mittwoch, 22.10.2008**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **19:30 Uhr**

Vorsitz

Frau Hiltrud Krause

Teilnehmer

Herr Peter Ahrens

Herr Andreas Fischer

bis 19.20 Uhr

Frau Andrea Geiger

Herr Peter Hellweg

Herr Michael Hütig

Frau Cornelia Klima-Bunte

Frau Elisabeth Lesting

Herr Ludger Lücke

Herr Gerd Rembrink

Frau Dr. Birgit Schneider

Herr Wolf-Rüdiger Soldat

bis 19.10 Uhr

Frau Monika Tigges

Frau Anne Wiemeyer

Verwaltung

Frau Mechthild Gröver

Herr Michael Jathe, Erster Beigeordneter

Herr Jan Frederik Mier

bis Tagesordnungspunkt 4
"Ergebnispräsentation"

Schriftführer/in

Frau Hannelore Rampelmann

Gäste

Herr Manfred Bockey

bis Tagesordnungspunkt 6 "kommunale
Beschäftigungsförderung; Zuschuss an die
PRO ARBEIT 2009"

Herr Michael Willeke

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Hubert Bleß
Frau Marele Empting
Herr Hubert Meyering

Frau Barbara Köß für Frau Marele Empting

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Einwohnerfragestunde	4
2. Befangenheitserklärungen	4
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16. April 2008	4
4. Ergebnispräsentation "Bürgerumfrage: Älter werden - älter sein in Oelde", Schüler TMG, Kursleitung Herr Willeke Vorlage: M 2008/500/1368	4-7
5. Kommunale Beschäftigungsförderung - Projekte der PRO ARBEIT Oelde (PAO) - Verwendungsnachweis 2007 Berichtersteller: Herr Bockey, Geschäftsführer PRO ARBEIT e.V., Rheda- Wiedenbrück Vorlage: M 2008/500/1365	7-13
6. Kommunale Beschäftigungsförderung; Zuschuss an die PRO ARBEIT 2009 Vorlage: B 2008/500/1369	13-14
7. Sachbericht zur Wohngeldnovelle ab 01.01.2009 Vorlage: M 2008/500/1366	15-16
8. Familienpolitische Fördermaßnahme; hier: Änderung der Familienpassrichtlinien ab 01.01.2009 Vorlage: B 2008/500/1367	16-20
9. Sachstandsbericht und Seniorenarbeit/Altenhilfe der Stadt Oelde Vorlage: M 2008/500/1370	20
10. Verschiedenes	21
10.1. Mitteilungen der Verwaltung	21-22
10.2. Anfragen an die Verwaltung	22

Die Ausschussvorsitzende Frau Hiltrud Krause begrüßt zu Tagesordnungspunkt 4 „Ergebnispräsentation“ die vier Schülerinnen und Schüler des Thomas-Morus-Gymnasiums und Herrn Willeke, den zuständigen Lehrer, Herrn Bockey zu Tagesordnungspunkt 5 und 6 „Kommunale Beschäftigungsförderung“ sowie Frau Haunhorst von der „Glocke“ und verschiedene Bürger im Publikum.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

2. Befangenheitserklärungen

Es erklärt sich niemand als befangen.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16. April 2008

Beschluss Der Ausschuss genehmigt einstimmig das Protokoll vom 16. April 2008.

4. Ergebnispräsentation "Bürgerumfrage: Älter werden - älter sein in Oelde", Schüler TMG, Kursleitung Herr Willeke Vorlage: M 2008/500/1368

Frau Gröver teilt mit, dass im Juni knapp 9.000 Fragebögen für die Umfrage unter allen Oelder Bürgern und Bürgerinnen ab 55 Jahren verteilt wurden, rund 2.180 Bögen lagen für die Auswertung vor. Etwa 170 Personen haben die „Ehrenamtskarten“ zurückgeschickt und möchten sich zukünftig ehrenamtlich engagieren. Mit diesem Rücklauf aus der Fragebogenaktion sind die Organisatoren der Fachdienst Soziales, Familien und Senioren und der Fachdienst Stadtplanung und Entwicklung sehr zufrieden, denn die Auswertungsergebnisse können bei diesem Rücklauf als repräsentativ gewertet und für künftige Planungen genutzt werden.

Der SOWi-Zusatz-Kurs der Jahrgangsstufe 13 des TMG – Leitung Herr Willeke – hat die Auswertung der Bögen übernommen und wird in der Sitzung die wesentlichen Ergebnisse präsentieren.

Ein erstes generationenübergreifendes Projekt konnte damit verwirklicht werden, indem auch Damen und Herren aus dem Internet-Café sich bei der Datenerfassung beteiligt haben.

Frau Krause bedankt sich bei allen Schülerinnen und Schülern, bei Herrn Willeke, bei den Damen und Herren des Projektes „Senioren im Internet“ sowie Jan Frederik Mier, der im Rahmen seines Ausbildungsabschnittes dieses Projekt begleitet hat und auch bei der Auswertung tatkräftige Unterstützung geleistet hat.

Die Auswertung hat folgende Ergebnisse ergeben:

Allgemeines

- Es sind genau 2.154 Fragebögen erfasst worden.
- Davon sind 16,3 % der Befragten im Alter von 55 bis 59 Jahre, 22 % bis 65 Jahre, 42 % von 65 bis 75 Jahre, 20 % über 75 Jahre.
- 99 % der Befragten haben keinen Migrationshintergrund
- 55,5 % sind weiblich, 44,5 % sind männlich.

Seniorenbegegnungsstätte

- Der Großteil der Befragten wünscht sich eine Seniorenbegegnungsstätte.
- Ein fester Ansprechpartner bei dem Treffpunkt ist den Senioren wichtig.
- Darüber hinaus interessieren sie sich vor allem für Angebote aus den Bereichen Sport, Handarbeiten, Musik und Gesundheitsförderung.
- Rund 80 % der Befragten sprechen sich dafür aus, die Begegnungsstätte zu einem Mehrgenerationenhaus zu machen. Alt und Jung könnten so voneinander profitieren.
- Etwa 70 % der Teilnehmer sind bereit, für ein Angebot dieser Art einen Beitrag zu zahlen. 30 % lehnen ein Mehrgenerationenhaus ab, das bedeutet wahrscheinlich, dass nicht alle Senioren in der Lage sind, solch einen Beitrag von ihrer Rente zu leisten.

Wohnsituation

- Die meisten der Befragten besitzen ein Eigenheim (75 %), das größtenteils nicht barrierefrei ist. Knapp 52 % haben jetzt noch eine Wohnfläche von über 100 qm. Unter 60 qm haben nur 7,4 %. Lt. Befragung sind nur 28 % bereit, in eine altersgerechte Wohnung oder Betreutes Wohnen umzuziehen. Das bedeutet, dass die Senioren überwiegend ihr Umfeld behalten möchten, um möglichst lange selbständig zu sein.
- Die Stadt muss sich darauf einstellen, dass die älteren Bürger künftig nicht nur vermehrten Beratungsbedarf zu Themen wie Pflege und Wohnen hätten, sondern, dass die Zahl der Hilfsbedürftigen stark steigen wird.
- Ein weiteres Ergebnis ist, dass man den Bereich der Nachbarschaftshilfe sowie des ehrenamtlichen Engagements von Senioren weiter ausbauen kann. Es müsse mehr Werbung für das Ehrenamt erfolgen.

Mobilität, Kontakte, Hilfestellung im Alltag

- Die Nutzung von Bus und Bahn wird von 50,4 % als nur sehr selten angegeben. 22,1 % gaben sogar an, nie Bus und Bahn zu nutzen. Der Grund ist häufig, dass sie noch einen Pkw haben.
- 67 % der Befragten teilten mit, dass das Angebot von Bus und Bahn ausreichend sei.
- 26 % wünschen sich mehr Wochenendangebote
- Bei der Frage nach sozialen Kontakten wurden je nach Alter verschiedene Antworten gegeben. Das Treffen mit Nachbarn, Freunden, Bekannten und Kindern ist bei der Altersgruppe 65 bis 75 Jahre am höchsten.
- Bei dem Personenkreis 65-75 Jahre liegt der Anteil der Kinder, die in unmittelbarer Umgebung wohnen, bei 30 %. Bei den „jungen Senioren“ bis 59 Jahre leben nur ca. 11 % in der näheren Umgebung.
- Hilfe in ihrer derzeitigen Wohnsituation benötigen insgesamt nur 13,2 %. Das entspricht einer Anzahl von 274 Personen.
- 4,2 % der Altersgruppe 65 bis 75 Jahre benötigt bereits Hilfe. Über 75 Jahre steigt der Prozentsatz der benötigten Hilfe auf 7,1 %.
- Hilfe wird bei 26,5 % vom Partner, 38 % von den Kindern, zu 8 % von den Nachbarn und zu ca. 28 % von Sonstigen in Anspruch genommen.
- Der Personenkreis bis 59 Jahre lebt zu 14 % mit dem Partner zusammen, bis 65 Jahre liegt der Anteil der Partnerschaften bei 17,2 % und bei den Personen bis 75 Jahre beträgt der Anteil 32,4 %. Die übrigen Personen ab 75 Jahre leben zu 11,5 % mit dem Partner zusammen.

Engagement

- Die Frage: „Wie häufig sind Sie ehrenamtlich tätig?“ wurde von 1.532 Befragten nicht beantwortet.
- 35 % der mit Ja beantworteten Personen zum Ehrenamt bestätigten, dass sie nur selten ehrenamtlich tätig sind. Mehrmals wöchentlich sagten 12,4 % und täglich nur 3 %.
- 79 % der mit „Ja“ bestätigten Personen gaben zu, dass sie weniger als 8 Stunden wöchentlich Zeit für das Ehrenamt aufbringen. 18,8 % arbeiten zwischen 8 und 20 Stunden ehrenamtlich. Nur 2,3 % der Befragten bestätigten mehr als 20 Stunden wöchentlich.

Fazit

- Zusammenfassend besteht der Wunsch nach einem Treffpunkt zum wöchentlichen Austausch mit Gleichgesinnten und zur Beschäftigung.
- Durch ein Mehrgenerationenhaus können Senioren besser integriert werden.
- Alt und Jung können und sollen voneinander profitieren.
- Die Angebote „Betreutes Wohnen“ sollen attraktiver gestaltet werden.
- Mehr Beratungsangeboten sollen geschaffen werden.
- Eine altersgerechte Wohnraumanpassung muss erfolgen.
- Es müssen größere Kapazitäten für die Altenpflege geschaffen werden.
- Der Zusammenhalt zwischen den Generationen muss gefördert werden,
- Die Nachbarschaftshilfe soll gestärkt werden.
- Das Ehrenamtliche Engagement kann im Alter neuer Lebensinhalt werden.
- Mehr Werbung/Publicity für ehrenamtliches Engagement aufbauen.

Frau Krause bedankt sich bei den Schülerinnen Laura Jürgenschellert, Tatjana Surdin, Silvia Klein und dem Schüler Tim Schneider, den Senioren, Herrn Studiendirektor Michael Willeke und der Stadt Oelde für den umfangreichen Überblick und die Auswertung.

Frau Geiger bedankt sich auch für die gute Mitarbeit, bedauert aber, dass sich kaum Migranten an der Umfrage beteiligt haben. Sie hofft aber, dass diese Umfrage weitere Anstöße für das Stadtentwicklungskonzept geben wird.

Herr Soldat schließt sich den Dankesworten der Vorredner an und dankt der jungen Generation seitens der Politik.

Frau Köß bedankt sich für ihre Partei für so eine erfrischende Präsentation. Sie bedauert, dass sich nicht alle Gruppierungen von Menschen an der Umfrage beteiligt haben. Aber auch diese Menschen soll man im Blick haben.

Herr Hütig bedankt sich für das Engagement der jüngeren und älteren Generation und richtet seinen Blick auf den Personenkreis, der noch körperlich fit ist und auch noch Zeit hat, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die Frage, was kann man seitens der Stadt tun, diese Personen für das Ehrenamt zu animieren, soll zukünftig diskutiert werden.

Herr Fischer bedankt sich für das große Engagement der Schülerinnen und Schüler, die stellvertretend für die anderen Helfer Eintrittskarten für ein Konzert in der Alten Post von ihm erhalten.

Frau Wiemeyer bedankt sich auch im Namen ihrer Partei und bittet, mit den bisherigen Ergebnissen weiter zu arbeiten.

Frau Gröver teilt ergänzend mit, dass zum Thema „Ehrenamt“ bei der Umfrage 170 Karten ausgefüllt zurück gekommen sind. Die Stadt hat hierdurch einen Grundstock erhalten, womit man weiter im Ehrenamt arbeiten kann. Es kann dann auf Personen zurückgegriffen werden, die sich für verschiedene Bereiche engagieren möchten. Eine Ehrenamtsbörse wird nicht von heute auf morgen aufgebaut werden können, sondern ihre Idee muss langsam wachsen und im Bewusstsein der Bürger verankert werden.

Herr Jathe teilt mit, dass mit diesem Protokoll eine Alterspyramide mitgeschickt werden soll. Hierbei ist die derzeitige Situation von Frauen und Männern auch für die Zukunft erkennbar. Die Zahl der über 80jährigen, heute ca. 1.000 Personen, wird in Kürze auf 1.600 Personen aufsteigen. Immer mehr Personen werden auf Pflege angewiesen sein. Die Kernaussage: Besteht Handlungsbedarf oder ist es eine Chance z.B. für die Dienstleister, sich diesem Markt zu stellen? wird immer mehr im Vordergrund stehen. Bereits die Seniorenmesse hat gezeigt, wie wichtig es ist, die heimische Wirtschaft einzubinden.

Herr Hellweg teilt mit, dass das THW rüstige Handwerker sucht, die evtl. am Wochenende kleinere Hilfstätigkeiten ehrenamtlich erledigen können.

Herr Arens weist auf die Aussage hin, dass viele der Befragten das Betreute Wohnen ablehnen. Es könne jedoch nicht sein, dass nur die Kinder für die Pflege in Anspruch genommen werden.

Frau Gröver teilt dazu mit, dass der Anteil der 75jährigen sehr hoch ist, der mit den Kindern zusammen lebt. Es muss eine Bereitschaft bei Alt und Jung bestehen, wie kann man im Alter barrierefrei wohnen. Dazu gehört auch, dass Patientenverfügungen, Betreuungsverfügungen und die Vorsorgevollmachten abgeschlossen werden.

Herr Soldat weist auf die Notwendigkeit der professionellen Hilfe sowie die Unterstützung durch die Kinder hin. Ohne sie wäre ein Verbleib in der bisherigen häuslichen Umgebung häufig nicht möglich.

Frau Köß ist der Meinung, dass sich nicht nur die heutigen „Alten“ mit dem Thema „Wie gestalte ich meine Zukunft“ beschäftigen müssen, sondern auch die Personen im heutigen Mittelalter. Dieser Personenkreis muss sich heute schon damit beschäftigen, wie es in Zukunft im persönlichen Umfeld aussehen soll.

Der Fragebogen und die Präsentationsfolien wurden bereits im Ausschuss verteilt. Unterlagen werden in Kürze auf der Internetseite Stadt Oelde eingestellt und werden dem Protokoll daher nicht erneut beigelegt.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 5. Kommunale Beschäftigungsförderung**
 - Projekte der PRO ARBEIT Oelde (PAO)
 - Verwendungsnachweis 2007
Berichterstatter: Herr Bockey, Geschäftsführer PRO ARBEIT e.V., Rheda-Wiedenbrück
Vorlage: M 2008/500/1365

- Bericht Pro Arbeit Oelde 2007

Herr Bockey berichtet, dass die Pro Arbeit Oelde im Jahr 2007 folgende Tätigkeitsbereiche umfasst:

- 1. die Beschäftigung von Brückenjobbern**
 - in eigenen Projekten
 - im kommunalen Bereich
 - in sonstigen Einrichtungen
- 2. die Betreuung und Beschäftigung von Asylbewerbern**
- 3. die Durchführung einer Maßnahme Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante**
- 4. die Zusammenarbeit mit den Job-Paten Oelde**

Brückenjobs bei Pro Arbeit Oelde

Pro Arbeit Oelde stellte in 2007 in den verschiedenen Bereichen etwa 120 beschriebene Beschäftigungsstellen zur Verfügung. Das ist immer noch ein umfangreiches und vielfältiges Angebot trotz der Reduzierung, die sich aufgrund einer Überprüfung der Stellenbeschreibungen durch die Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf ergeben hat. Danach war z. B. die Beschäftigung von Brückenjobbern im Jahnstadion, im Grünflächenamt und im Hausmeisterbereich der Alten Post nicht

mehr möglich. Geblieben sind die Einsatzmöglichkeiten in der Radstation, Kiosk, Recyclingzentrum und Minigolf, bei der ergänzenden Stadtreinigung, der Pflege des Bahnhofumfeldes, in den Bädern, im Vierjahreszeitenpark, in der Schulbibliothek des Thomas-Morus-Gymnasiums und in den Kindertagesstätten.

Darüber hinaus gab es Einsatzmöglichkeiten im Seniorenzentrum Stromberg und bei der Kirche in Kindergärten, im Jugendtreff/Internetcafé und bei allgemeinen Hilfstätigkeiten.

Für 2007 waren zwar 130 Maßnahmeplätze durch die Arbeitsgemeinschaft SGB II bewilligt. Die Plätze waren jedoch sehr unterschiedlich besetzt. Die Maßnahmeauslastung schwankte zwischen 47 und 84 Prozent.

Erfreulich war in 2007 die Kontinuität in der Arbeitersituation. Für eine geordnete Verwaltung, eine angemessene Qualifizierung und Betreuung und eine kontinuierliche Anleitung in den eigenen Projekten stand der Mitarbeiterstamm weiter zur Verfügung:

- 3 Betriebsleiter/Anleiter in Recyclingzentrum, Radstation und Kiosk
- 3 Pädagogen und Sozialarbeiter für die Qualifizierung und sozialpädagogische Betreuung
- 1 Honorarkraft für den Stützunterricht Deutsch
- 1 Projektleiterin und
- 1 Auszubildender zum Bürokaufmann

Ergänzt wurden die Tätigkeiten des Oelder Teams durch weitere Fachkräfte von Pro Arbeit. Das betrifft sowohl die Bereiche Verwaltung und EDV-Administration, schwerpunktmäßig aber Qualifizierungsmodule, wie Hauswirtschaft, Verkauf, Warenkunde, Telefontraining, Arbeitssicherheit, Recycling, Holz, Metall, Fahrradmechanik und PC-Grundlagen. Dabei werden die Lehrwerkstätten in St. Vit ebenso genutzt wie der PC-Schulungsraum im Rhedaer Beratungszentrum ZEBRA von Pro Arbeit.

Nach den extremen Schwankungen in der Maßnahmebesetzung in 2006 und auch noch in 2007 hatte die Arbeitsgemeinschaft SGB II für die Anschlussmaßnahme in 2008 eine Mindestauslastung versprochen. Außerdem erforderte die Teilnehmerstruktur deutlich mehr Betreuung und Anleitung. Daher wurde im Herbst der Oelder Mitarbeiterstamm durch einen Vorarbeiter für das Recyclingzentrum ergänzt.

Auch in 2007 schaffte eine Reihe von Brückenjobbern den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum liegen die Zahlen allerdings etwas niedriger.

Insgesamt wurden in 2007 236 verschiedene TeilnehmerInnen betreut. Davon haben 55 TeilnehmerInnen ihre Maßnahme bereits im Jahr 2006 begonnen, und 56 wurden Ende 2007 in die neu beginnende Maßnahme 2008 übernommen. 180 TeilnehmerInnen beendeten in 2007 ihre Maßnahme. Gut 40 Prozent der ausscheidenden Teilnehmer konnten in ein Beschäftigungsverhältnis oder in eine weiterführende Maßnahme vermittelt werden (s. Tabelle).

Grund für das Ausscheiden der restlichen Teilnehmer war neben dem regulären Ende des individuellen Maßnahmezeitraums häufig der Abbruch aufgrund länger andauernder Krankheiten oder der Wechsel in eine Therapie; wobei die Einsicht in die Notwendigkeit einer Therapie das oft mühsam erarbeitete Ergebnis im Rahmen des Brückenjobs gewesen ist.

2007 Monat	Aufnahme sozialvers.- pflichtige Beschäftigung	Aufnahme geringf. Beschäfti- gung	Bildungs- maßnahme (FbW)	ESF Maßnahme	Trainings- maßnahme	anderweitige Maßnahme
Januar	3	1		3	1	
Februar	3	1				
März	9		1		1	
April	3		1			
Mai	7				1	
Juni	6	3				
Juli	5	2				
August	4	1				1
September	1	1				
Oktober	5	2	1			5
November	2	1				
Dezember	1	2			1	
Gesamt	49	14	3	3	4	6

Hinzu kommen einige TeilnehmerInnen, die nach dem regulären Maßnahmeende eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben.

Die Verweildauer der TeilnehmerInnen, die vor dem 31.12.2007 die Maßnahme beendeten, betrug durchschnittlich sieben Monate. Deutlich wurde damit in 2007 die Tendenz zur längeren individuellen Verweildauer und zu geringeren Vermittlungszahlen.

Aufgrund der besseren Arbeitsmarktlage können die Fallmanager und Vermittler der Arbeitsgemeinschaft und der Agentur deutlich mehr Teilnehmer direkt in Arbeit vermitteln. Die Brückenjobs werden im Verhältnis zu den Vorjahren mit Teilnehmern besetzt, die in der Mehrzahl multiple Hemmnisse aufweisen und deutlich mehr Eingewöhnung, Anleitung und Unterstützung benötigen.

Betreuung der Asylbewerber

Pro Arbeit Oelde betreut seit 2005 im Auftrag der Stadt Oelde bis zu 25 AsylbewerberInnen. Diese Arbeit wurde auch in 2007 weiter verantwortlich von Herrn Langner gesteuert.

Dazu gehören die Auswahl einer passenden Beschäftigungsstelle, die Unterstützung bei Problemen im persönlichen bzw. Arbeitsbereich sowie die Hilfestellung bei der Arbeitssuche.

Die Unsicherheit ihres Status und die geringen Zukunftsperspektiven belasten die meisten. Insgesamt ist die persönliche Lebenssituation der Asylbewerber nicht einfach. Aufgrund von teilweise jahrelanger Wartezeit und jahrelanger Angst, in ihr Heimatland abgeschoben zu werden, haben viele Asylbewerber psychische Probleme. Die meisten Asylbewerber versuchen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (u.a. Rechtsanwalt), ihr Verbleiben in der Bundesrepublik zu sichern bzw. zu verlängern, oft ohne Aussicht auf Erfolg.

Das Arbeits- und Sozialverhalten am Arbeitsplatz bei Pro Arbeit Oelde und den externen Arbeitsplätzen wie Jahnstadion, Friedhofsverwaltung und Kirchengemeinde St. Joseph war bis auf wenige Ausnahmen in Ordnung.

Die Motivation, die deutsche Sprache zu erlernen, ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Der wöchentlich mit vier Unterrichtseinheiten angebotene Deutschunterricht wird nur von wenigen Asylbewerbern regelmäßig genutzt.

Im Lauf des Jahres 2007 waren insgesamt 22 Asylbewerber bei Pro Arbeit Oelde gemeinnützig tätig. Zu Beginn des Jahres waren 19 zum Ende hin nur noch 12 Asylbewerber zu betreuen.

Zwei der von Pro Arbeit betreuten Asylbewerber sind in 2007 in ihr Heimatland zurückgekehrt. Zwei Afrikaner haben eine deutsche Frau geheiratet und benötigen so keine Hilfe und Betreuung mehr.

Einige, vor allem Afrikaner, sind aus Angst vor der Ausländerbehörde und drohender Abschiebung, oder auch um sich der gemeinnützigen Arbeit zu entziehen, untergetaucht.

Erfreulicherweise wurden in 2007 die Arbeitsgenehmigungen etwas weniger restriktiv erteilt als in 2006. So konnten insgesamt 5 Asylbewerber eine Arbeit aufnehmen. Die Arbeitsmöglichkeiten haben sich generell nicht geändert. Vier konnten in der Fleischindustrie, einer in der Kartoffelverarbeitung eine Tätigkeit aufnehmen.

Durchführung einer Maßnahme Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante

Neben der Durchführung der Arbeitsgelegenheiten, bekannt als 1-€-Job oder Brückenjob, hat der Gesetzgeber auch die Form der Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante vorgesehen, die bisher im Kreis Warendorf nicht genutzt wurde.

Grundsätzlich unterscheidet sich diese Form der Arbeitsgelegenheit durch zwei sehr wesentliche Punkte. Einerseits erhalten die Teilnehmer statt der ALG-II-Zahlungen und der Mehraufwandsentschädigung während der Arbeitsgelegenheit einen Arbeitsvertrag und werden im Stundenlohn entlohnt. Andererseits unterliegt die Beschäftigung nicht den Kriterien der Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit.

Besonders für Alleinstehende ist die Vertragsvariante finanziell reizvoll. Wichtigster Vorteil für die Eingliederung ist aber die Möglichkeit, durch länger dauernde Praktika in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes die eigenen Arbeitsfähigkeit und Leistung bei möglichen zukünftigen Arbeitgebern unter Beweis zu stellen.

Im Herbst 2007 hat Pro Arbeit auf dieser Basis eine Maßnahme für sechs Teilnehmer im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft SGB II durchgeführt. Teilnehmer waren Menschen, die mit teilweise mehreren Hemmnissen als ziemlich arbeitsmarktfremd eingestuft waren.

Für sie stand allerdings eine Sozialpädagogische Betreuung im Umfang einer halben Stelle zur Verfügung (eine entsprechend qualifizierte Mitarbeiterin wurde für den Zeitraum der Maßnahme zusätzlich eingestellt). Auf diesem Hintergrund ist es gelungen, dass zwei der Teilnehmer in Arbeit und einer in eine zweijährige Ausbildungsmaßnahme wechseln konnte. Für einen Vierten wurde die Eingliederung in die Werkstätten für behinderte Menschen abgeklärt.

Job-Paten Oelde

Die Job-Paten-Gruppe des Runden Tisches hat auch im Jahr 2007 die Tätigkeit von Pro Arbeit sehr unterstützt. Neben der persönlichen Betreuung der Teilnehmer, der Ausweitung von Firmenkontakten und der gezielten Fortbildung zu Themen des Arbeitsmarkts und Problemen der Arbeitslosigkeit ist bei den Brückenjobbern besonders das Angebot der Bewerbungssimulation auf großes Interesse gestoßen. Dabei stellen sich Job-Paten in Rollenspielen als Arbeitgeber zur Verfügung. Die Teilnehmer schätzen dabei besonders die Tipps aus der Arbeits- und Erfahrungswelt der Job-Paten.

Ende des Jahres haben die Job-Paten gemeinsam mit Pro Arbeit ihre Aktivitäten auf der Seniorenmesse im Rathaus präsentiert.

Die Projekte der Pro Arbeit Oelde

Sinn und Zweck der Projekte von Pro Arbeit Oelde ist es, im Rahmen von gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit Jugendliche und Erwachsene für den ersten Arbeitsmarkt zu trainieren und zu qualifizieren und die Integration von Aussiedlern und Asylbewerbern zu fördern. Darüber hinaus sind Radstation und Kiosk sowie das Recyclingzentrum und der Minigolfplatz in Stromberg Infrastrukturangebote, die bei den Oelder Bürgerinnen und Bürgern sowie Besuchern der Stadt auf große Akzeptanz stoßen und in ihrer Funktion nicht mehr wegzudenken sind. Ebenso wird der Beitrag geschätzt, den Asylbewerber und Brückenjobber für das gepflegte Oelder Stadtbild leisten.

Die Radstation wird in allen Bereichen weiterhin gut angenommen. Besonders Berufpendler wissen das Angebot zu schätzen. Nach der Ausweitung des Bereichs, der mit der Chipkarte 24 Stunden zugänglich ist, waren dort

schnell weitere Plätze vergeben. Andererseits gibt es auch bei den Tagesstellplätzen noch ein – wenn auch nicht allzu großes – Angebot an freien Plätzen, da viele Radfahrer ihr Fahrrad auch auf dem Vorplatz der Radstation gut beaufsichtigt finden. Der Schwerpunkt der Trainingsmöglichkeiten in der Radstation ist der Lager- und Werkstattbereich, hier sind bei entsprechend besetzten Brückenjob-Plätzen die Grenzen des aktuell Möglichen sowohl was die räumlichen aber auch die Anleitungskapazitäten betrifft, erreicht.

Der Kiosk bietet seinen Kunden an sieben Tagen das übliche Kiosk-Grundsoriment. Darüber hinaus hat die große zeitliche Präsenz von Mitarbeitern im Bahnhofsgelände auch einen positiven Einfluss auf das nähere Bahnhofsumfeld. Die Kundenzahlen und die Umsätze sind leicht rückläufig gewesen. Auch wenn ökonomische Ziele nicht an erster Stelle stehen und die Einschränkung von Bier- und Zigarettenkonsum aus übergeordneten Gesichtspunkten nicht gerade zu bedauern ist, beeinträchtigt dies die Wirtschaftlichkeit des Projektes. Ursache für den Rückgang ist die allgemeine Angebotsausweitung in Tankstellen, sowie die Aufnahme von Zeitschriften in das Angebot der Supermärkte.

Mit seinen anspruchsvollen Trainingsfeldern (Umgang mit - oft eiligen – Kunden, extreme Arbeitszeiten von 5.00 bis 21.30 Uhr und am Wochenende, elektronisches Kassensystem, Warenvelfalt und Remissionen usw. sowie die Möglichkeit, als SchichtführerIn Verantwortung zu übernehmen) ist er aus dem Gesamtangebot der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten von Pro Arbeit Oelde allerdings nicht wegzudenken. Trotz positiver persönlicher und fachlicher Entwicklung steht für viele Teilnehmer am Ende nur ein 400-€-Job, da die Bereiche Verkauf, Service und Raumpflege immer seltener mit Vollzeitstellen eine Perspektive zur Einkommenssicherung bieten.

Der Minigolfplatz hat wie im Vorjahr gute Besucherzahlen – besonders an sonnigen Wochenenden. Die Gäste schätzen neben dem Minigolfspiel die konstante Anwesenheit der BrückenjobberInnen und die Möglichkeit, Spaziergänge durch einen Plausch an der Minigolfhütte zu unterbrechen.

Die Minigolfanlage stellt wie der Kiosk durch die notwendige Präsenz an sieben Wochentagen hohe Anforderungen bezüglich Zuverlässigkeit, Einsatzbereitschaft und Teamfähigkeit an die TeilnehmerInnen. Sie können allerdings langsamer an ihre Aufgaben herangeführt werden. Daher bietet dieses Beschäftigungsfeld insbesondere unsicheren und zögerlichen TeilnehmerInnen Erfolgserlebnisse und gute Entfaltungsmöglichkeiten ihrer Potenziale.

Das Recyclingzentrum Mix-max mit Secondhand-Verkauf ist eindeutig das größte und aufwändigste Projekt der Pro Arbeit Oelde – auch wenn sich dies nicht in seinen Umsätzen und seiner wirtschaftlichen Bedeutung niederschlägt. Neben dem nicht zu vernachlässigenden Umweltaspekten ergibt sich seine Wichtigkeit aus der breiten Palette unterschiedlicher Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten: Arbeiten in der Holz- und Elektrowerkstatt, im Lager- und Recyclingbereich, der Möbeltransport, Hausmeistertätigkeiten und Grünpflege, der Verkauf und die Präsentation der Secondhand-Ware, die Reinigung und Pflege von Textilien und die Reinigung und Instandhaltung der Räumlichkeiten sowie Pförtner- und Verwaltungsarbeiten bieten die Möglichkeit, in individuell angepassten Verantwortungsbereichen zu arbeiten.

Außerdem gibt es im Recyclingzentrum mehr als in den anderen Projekten Arbeiten für leistungsschwächere TeilnehmerInnen, und es eignet sich aufgrund der Nähe zu den Fallmanagern und der größeren Distanz zu, bzw. der besseren Trennung von kundenrelevanten Bereichen für die Beschäftigung von TeilnehmerInnen mit besonderen Problemen. Da der Anteil dieser Personengruppe an der Gesamtteilnehmerzahl weiter steigend ist, besteht durchaus Bedarf, diese Arbeitsbereiche weiter auszubauen.

Während die Radstation fast die Grenzen ihrer Kapazitäten erreicht hat, können Kiosk, Minigolfplatz und Recyclingzentrum durchaus noch weitere interessierte Nutzer gebrauchen. Besonders die Möglichkeiten, die das Recyclingzentrum zur Vermeidung überflüssigen Mülls bietet, können – angesichts dessen, was bei Sperrmüllabfuhr an verwertbaren Gegenständen an den Straßen steht – noch ausgebaut werden.

Erfreulich ist im Rückblick die Kontinuität des festen Mitarbeiterstammes sowie dessen Erweiterung um einen Vorarbeiter für das Recyclingzentrum. Auch wenn nicht alle Beschäftigungsbereiche die Überprüfung auf die -

sehr eng und manchmal auch widersprüchlich definierten – Kriterien zur Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit bestanden haben: Die Palette der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten ist weiterhin breit und vielfältig. Und durch die zusätzlichen personellen Ressourcen wird kontinuierlich daran gearbeitet, die Qualifizierungseffizienz zu erhöhen.

Die positive Resonanz der Kunden und die Entwicklungsfortschritte vieler Teilnehmer sind Bestätigung und Anreiz, die Arbeit konsequent fortzusetzen.

- Verwendungsnachweis 2007

Gemäß Ziffer 3 des Rahmenkonzeptes und Ziffer 5 des Kooperationsvertrages hat die PRO ARBEIT Oelde die Gesamtabrechnung für das Jahr 2007 vorgelegt. Die Unterlagen werden vom Rechnungsprüfungsamt geprüft.

Das Gesamtbudget der Zuschüsse 2007 in Höhe von 102.500 € wurde wie folgt verwendet:

Zuschüsse für die Projekte 2007:

	Vorgesehen	Gezahlt	Ausgaben	Einnahmen aus Projekten
Radstation HHST 4000.716027	40.000,00 €	40.000,00 €	36.928,63 €	
Kiosk 4000.716028	2.500,00 €	2.500,00 €	10.245,31 €	
Minigolf-Anlage			Pers.u. Vew. Kosten Vereinfachungsgründen bei Mix- Max/Brückenjobs erfasst	8.112,48€
Mix-Max 4000.716029	10.000,00 €	10.000,00 €	77.645,99 €	
Integration Asyl / 4200.718026	50.000,00 €	50.000,00 €		
Brückenjobs Durch ARGE finanziert		204.061,44€	236.923,59 €	
Summe	€	306.561,44€	361.743,52€	8.112,48€
Rechnungsergebnis		306.561,44€	353.631,04€	

Ergibt ein Minus von - 47.069,60€

Abzüglich Zuschüsse der
Städt. Fachbereiche 38.233,82€
Abzügl. Übertrag aus
2005 - 17.074,10€

Übertrag in 2008 - 25.909,88€

Die Einnahmen aus den städtischen Fachbereichen insbesondere aus dem Fachdienst Baubetriebshof und Grünplanung sowie Forum Oelde sind im Vergleich zu den Vorjahren um fast 50% zurückgegangen. Grund sind zum einen strengere Auflagen an die Bewilligung von Brückenjobs durch die Bundesanstalt für Arbeit zum anderen die schwankenden Zuweisungen in Brückenjobs vor allem in Sommermonaten. Es bleibt abzuwarten, wie die ARGE SGB II die Zuweisungspraxis in den nächsten Jahren handhabt. Von Seiten der Bundesanstalt für Arbeit ist inzwischen erkannt, dass für die Betreuung und

Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen weitere Bemühungen erfolgen müssen. Ob dies finanzielle Verbesserungen für die PRO ARBEIT Oelde bringt, muss sich in 2009 zeigen.

Frau Krause bedankt sich für den Vortrag bei Herrn Bockey.

Frau Tigges bedankt sich bei Herrn Bockey. Sie fragt an, wie viele Maßnahmeplätze zu besetzen waren.

Herr Bockey berichtet, dass sich die Besetzung der Brückenjobs nach der Arbeitsmarktlage richtet. Die Arnur zwischen 47 und 84 Prozent. Für das Jahr 2008 hatte die Arbeitsgemeinschaft SGB II zwar eine Mindestauslastung versprochen, durch die unterschiedliche Zuweisungspraxis war jedoch die Besetzung nicht in dem Rahmen möglich, wie es angekündigt war. Herr Bockey weist außerdem auf die erhöhten Anforderungen für mehr Betreuung und Anleitung durch den eigenen Mitarbeiterstamm hin. Die Teilnehmer der Brückenjobs waren im Verhältnis zu den Vorjahren mit Teilnehmern besetzt, die überwiegend multiple Hemmnisse aufwiesen und dadurch mehr Anleitung und Unterstützung benötigten. Durch diese begleitungsintensive Unterstützung muss ein Umdenken hinsichtlich der Form der Instrumente bei der Eingliederung erfolgen. Es hat sich außerdem heraus kristallisiert, dass aufgrund der besseren Arbeitsmarktlage durch die Fallmanager und Vermittler der Arbeitsgemeinschaften und der Agentur deutlich mehr Teilnehmer direkt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten.

Herr Jathe ergänzt, dass die ARGE durch die rückläufigen Fallzahlen weniger Personen in ihrer Hilfe gehabt hat. Die Brückenjobber können meistens aufgrund ihrer vielfachen Hemmnisse nicht im Wettbewerb zu anderen Unternehmen stehen. Seit geraumer Zeit gibt es auch die Form der Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante, die bisher jedoch nicht im Kreis Warendorf genutzt wurde. In zwei wesentlichen Punkten unterscheidet sich die Form der Arbeitsgelegenheiten von den bereits bekannten 1-€-Jobs oder Brückenjobs. Einerseits erhalten die Teilnehmer statt der ALG-II-Zahlungen und der Mehrfachaufwandsentschädigung während der Arbeitsgelegenheit einen Arbeitsvertrag und werden im Stundenlohn entlohnt. Andererseits unterliegt die Beschäftigung nicht den Kriterien der Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit. Diese Vertragsvariante ist vor allem für Alleinstehende reizvoll. Wichtig ist jedoch die Möglichkeit, durch länger dauernde Praktika in Betrieben die eigene Arbeitsfähigkeit und Leistung bei möglichen zukünftigen Arbeitgebern unter Beweis zu stellen. Herr Jathe befürwortet eine Neuorganisation der ARGE. Seiner Meinung nach muss unbedingt die Eigenständigkeit der ARGE-Stellen vor Ort gefördert werden.

Frau Wiemeyer stellt fest, dass der PRO ARBEIT durch das erwirtschaftete Minus von 25.000 € nur noch ein Zuschuss in Höhe von 77.000 € zur Verfügung steht. Aus dem Zuschuss der Stadt Oelde sowie weiteren Einnahmen können ihrer Meinung nach nicht die Ausgaben gedeckt werden.

Herr Jathe gibt zu bedenken, dass die Kommunen nicht immer für den finanziellen Ausgleich einspringen können. Es ist ein Problem der ARGE, finanzielle Möglichkeiten für eine solide Grundausstattung solcher Einrichtungen zu schaffen. Von Seiten der Bundesanstalt für Arbeit ist inzwischen erkannt worden, dass für die Betreuung und Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen weitere Bemühungen erfolgen müssen, um hierfür Gelder vorzuhalten. Ob diese finanziellen Verbesserungen dann für die PRO ARBEIT zur Verfügung stehen, wird sich im Jahr 2009 zeigen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6. Kommunale Beschäftigungsförderung; Zuschuss an die PRO ARBEIT 2009 Vorlage: B 2008/500/1369

Frau Gröver berichtet, dass das meiste zu diesem Thema bereits bei dem vorherigen Tagesordnungspunkt gesagt worden ist.

Im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung betreut und vermittelt die PRO ARBEIT Oelde Langzeitarbeitslose sowie Asylbewerber. In 2008 konnte die PRO ARBEIT Oelde bis August bereits 27 Personen in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis, 5 Personen in geringfügige Beschäftigung vermitteln.

Wie im Projektbericht und Verwendungsnachweis 2007 dargestellt (TOP 5 der Sitzung des Sozialausschusses vom 22.10.2008) wurden die Projekte Radstation, Kiosk, MIX-MAX, Gaßbachtal erfolgreich weitergeführt.. Die Projekte können auch in Zukunft nicht gewinnbringend geführt werden, sind aber für ein breites Trainingsfeld und eine individuelle und qualifizierte Förderung unabdingbar. Die im Vergleich zu anderen Trägern breit gestreute Tätigkeitspalette ermöglicht ein relativ passgenaues Angebot für jeden Brückenjobber und erleichtert eine mögliche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Ganz besonders profitieren die Asylbewerber von der guten Vermittlungsarbeit. Ohne die guten Kontakte der PRO ARBEIT zur heimischen Wirtschaft hätte dieser Personenkreis trotz der inzwischen gelockerten Arbeitsmarktbedingungen wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Nur mit den durch den städtischen Zuschuss zusätzlich möglichen Anleiterstellen in den Einzelprojekten kann der Erfolg der PAO langfristig gesichert und bei gleichbleibender Qualität fortgeführt werden.

Dabei erfordert das immer schwierigere Klientel hohen Betreuungsaufwand, so dass der Zuschuss an die PRO ARBEIT Oelde für Anleiter- und Betreuungspersonal in Höhe der Vorjahre weiter dringend erforderlich ist. Der Schwerpunkt der Betreuung liegt in den Bereichen Radstation und Recycling, beide Bereiche sind dauerhaft auf Zuschüsse angewiesen. Der Kioskbereich wurde, da hier Einnahmen erzielt werden können, ab 2008 aus der Projektförderung herausgenommen.

Der Zuschuss in Höhe von 102.500 € an die PRO ARBEIT Oelde 2009 setzt sich zusammen aus:

90.000 € Zuschuss für den allgemeinen Bereich

Produkt: 05.04.03. 5314001 Förderung von Trägern mit sozialer Zielsetzung (Radstation und Mix Max)

12.500 € Zuschuss für den Bereich Asyl

Produkt: 05.04.01. 5314001 Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Die Verwaltung empfiehlt, der PRO ARBEIT den Zuschuss in Höhe von 102.500 € in 2009 zur Verfügung zu stellen.

In der anschließenden Diskussion vertreten die Sprecher der einzelnen Parteien die Meinung, dass die Höhe des Zuschusses noch in den Parteien beraten werden sollen.

Herr Fischer fragt nach, was passieren kann, wenn der Zuschuss nicht erhöht wird.

Dazu teilt Herr Bockey mit, dass es sicherlich kein Schreckensszenario sein wird. Jedoch benötigt die PRO ARBEIT dringend diese finanzielle Ausstattung durch die Stadt Oelde. Die finanziellen Unwägbarkeiten für die PAO liegen an der aktuellen Zuweisungspraxis.

Herr Jathe schlägt vor, den Betrag in Höhe von 102.500 € als Mindestgrundausrüstung festzulegen und diesen an den Hauptausschuss und Rat zu empfehlen.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und Rat einstimmig, der PRO ARBEIT Oelde im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung (Rahmenkonzept vom 21.07.2003 und Kooperationsvertrag vom 24.07.2003) für 2009 einen Zuschuss in Höhe von 102.500 € als Mindestgrundausrüstung zur Verfügung zu stellen. Der Zuschuss setzt sich zusammen aus einem allgemeinen Zuschuss in Höhe von 90.000 € für die Projekte Radstation und Mix-Max (Produkt 05.04.03 5314001), sowie einem Zuschuss für die Betreuung der Asylbewerber in Höhe von 12.500 € (Produkt 05.04.01 5314001).

7. Sachbericht zur Wohngeldnovelle ab 01.01.2009 Vorlage: M 2008/500/1366

Frau Gröver berichtet, dass zum 01.01.2009 die seit langem diskutierte Wohngeldnovelle mit folgenden Änderungen in Kraft tritt:

- Anhebung des Wohngeldes durch höhere Miethöchstbeträge
- Berücksichtigung einer Heizkostenpauschale pro berücksichtigungsfähigem Familienmitglied
- Wegfall der Baualtersklassen und dadurch vereinfachte Berechnung des Wohngeldes
- Ausweitung des Datenabgleichs auf ausländische Zinseinkünfte, Einkünfte aus Mini-Jobs und Renten.

Nach Schätzung des Ministeriums wird das Wohngeld pro Fall von ca. 90 € auf ca. 145 € steigen.

Ab Anfang November wird das Ministerium für Bauen und Verkehr NRW alle Wohngeldempfänger per Rundschreiben über die Änderungen im Wohngeld informieren. Alle laufenden Fällen – d.h. der Bewilligungszeitraum geht in das Jahr 2009 hinein – werden ab Januar eine Neufestsetzung des Wohngeldes (Erhöhungsantrag) beantragen können.

Im Internet soll rechtzeitig ein neuer Wohngeldrechner eingestellt werden, mit dem mögliche Wohngeldansprüche errechnet werden können – www.mbv.nrw.de.

Zum 01.10.2008 wirkt sich bereits die Änderung des Kinderzuschlages (KIZ) nach § 6 a des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) auf die Fallzahlen im Wohngeld aus:

Familien, die aus ihrem Vollerwerbseinkommen den Bedarf zwar für sich, nicht aber für die Kinder decken können, sollen zukünftig über den erhöhten und vereinfachten Kinderzuschlag nicht mehr auf laufende SGB II –Leistungen angewiesen sein, sondern mit Kinderzuschlag, vorhandenem Erwerbseinkommen und evtl. Wohngeld den Lebensunterhalt sicherstellen können. Alle in Frage kommenden Familien werden von der ARGE über die Gesetzesneuregelung informiert und bei Bedarf an die Wohngeldstellen verwiesen.

Die seit 2005 rückläufigen Fallzahlen im Wohngeldbereich werden sich nach den beiden umfangreichen Gesetzesänderungen umkehren; der Bund geht nach den jetzigen Schätzungen davon aus, dass sich die Zahl der Wohngeldempfänger bundesweit von 470.000 auf 810.000 erhöhen wird. Gleichzeitig sollten die Belastungen der Kommunen für Kosten der Unterkunft im Bereich SGB II zurückgehen, was von kommunaler Seite seit Inkrafttreten des SGB II vehement gefordert worden ist.

Zur Information die im Ausschuss vom 16.04.2008 vorgestellten Zahlen:

Entwicklung der Fallzahlen im Wohngeld

	2005	2006	2007
Wohngeldfälle	736	592	453
Mietzuschuss	615	489	374
Lastenzuschuss zu Wohneigentum	121	73	79
Familien *	412	332	254

*Bis 2005 lieferte das LDS Zahlen zu den Wohngeldbeziehern, der Familienanteil wurde für die Folgejahre mit 56% aller Wohngeldfälle geschätzt.

Auf Nachfrage von Frau Tigges, um wie viele Fälle es sich handelt, teilt Frau Gröver mit, dass es sich nach Angaben der ARGE Anlaufstelle Oelde um ca. 60-70 Familien handeln wird, die durch die Änderungen im sogenannten Kinderzuschlag (KIZ) Ansprüche auf Wohngeld haben könnten.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**8. Familienpolitische Fördermaßnahme;
hier: Änderung der Familienpassrichtlinien ab 01.01.2009
Vorlage: B 2008/500/1367**

Frau Gröver teilt folgendes zum Familienpass mit:

1. Informationen zum aktuellen Stand Familienpass

Bis Mitte September 2008 wurden insgesamt 140 Familienpässe, mithin 55 Pässe weniger als im Vorjahr, ausgestellt. Gründe, weshalb die Zahl der ausgestellten Pässe gegenüber 2007 zurückgegangen ist, sind nicht bekannt.

Der Haushaltsansatz für das Jahr 2008 betrug insgesamt 25.000 €. Dieser wurde in die Bereiche „OGS“ in Höhe von 21.000 € sowie „Allgemeine Leistungen“ in Höhe von 4.000€ untergliedert.

Aus dem Ansatz „Allgemeine Leistungen“ wurden bisher v.a. für Schulbücher und VHS-Kurse ca. 2.800 € an Familienpassinhaber ausgezahlt.

Die Kosten für die Mittagessenszuschüsse im Rahmen der OGS sind bisher noch nicht abgerechnet, werden sich aber nach Auskunft des Fachdienstes 400 in ähnlichem Rahmen wie bisher bewegen und sich auch im Jahr 2009 nicht gravierend nach oben verändern.

In den OGS der Oelder Grundschulen sind weiterhin rund 200 Kinder angemeldet, die alle am verpflichtenden Mittagessen teilnehmen. Die Eltern zahlen in der OGS einen Elternbeitrag je nach Einstufung und die Kosten für das Mittagessen. Zuschüsse über den Familienpass oder den Landeszuschuss zu den Kosten der Mittagsverpflegung werden voraussichtlich etwa 95 Kinder erhalten.

	2005	2006	2007	2008
Ausgestellte Pässe	259	195	195	140
Gesamtausgaben	19.230 €	13.660€	22.430 €	Ansatz: 25.000 €
Anteil OGS	5.390 €	6.430 €	16.330€	21.000 €
Teilnehmer Mittagessen	34 Kinder	1. HJ 34 Kinder	1. HJ 25	
		2. HJ 24 Kinder	2. HJ 94 Kinder	
			Vollförderung Fam.Pass 32 Kinder „Kein Kind ohne Mahlzeit“ 62 Kinder	
				Allg. Ansatz: 4.000 €
Klassenfahrten	6.500 €	1.470 €	692 €	Ausgaben gesamt
Schulbücher	2.880 €	1.880 €	1.785 €	Bis Ende Sept.
VHS	1.640 €	2.480 €	1.730 €	2.800 €
Ausgaben/Pass	74 €	70 €	115 €	

Elternbeiträge fallen an der Theodor-Heuss-Schule für die Betreuung nicht an, da das Ganztagsangebot an der Hauptschule seit dem Schuljahr 2008/2009 für alle neuen Schüler verpflichtend ist. Hier sind nur Kosten des Mittagessens von den Eltern zu tragen. Von den 66 Schülern der 5. Jahrgangsstufe nehmen zwischen 35 und 40 Kinder freiwillig am gemeinsamen Mittagessen teil.

Allen Eltern, die bisher aus finanziellen Gründen ihr Kind nicht am Mittagessen angemeldet haben, soll mit der Aufnahme der verbindlichen Ganztagsangebote an weiterführenden Oelder Schulen in den Leistungskatalog des Familienpasses, die Chance eingeräumt werden, ihrem Kind eine gesunde Mittagsmahlzeit zukommen zu lassen. Darüber hinaus bietet die Teilnahme am gemeinsamen Mittagessen hervorragende Chancen zur Integration; die guten Erfahrungen aus den OGS der Grundschulen können auf diese Weise fortgeführt werden.

Mit einem Informationsschreiben des Fachdienstes Schule wurden alle Eltern auf das Landesförderprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ und die dadurch möglichen Landeszuschüsse zu den Kosten des Mittagessens hingewiesen; bisher haben aber nur die Eltern von zwei Kindern diesen Zuschuss beantragt.

Das Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ist zur Zeit befristet bis zum Schuljahresende 2008/2009, es ist aber zu erwarten, dass bei dem von der Landesregierung gewollten Ausbau der Ganztagsangebote in allen Schulformen dieses Landesförderprogramm oder ein Nachfolgeprogramm fortgeführt wird.

Unter dieser Prämisse beträgt der städtische Zuschuss aktuell 0,70€ pro Kind im Landesprogramm, pro Kind bei ausschließlicher Förderung über den Familienpass 1,35€.

Der Ansatz im Familienpass – Zuschuss zum Mittagessen – kann damit für das Jahr 2009 bei 21.000€ verbleiben. Die weitere Entwicklung insbes. die Förderpolitik des Landes bei den Verpflegungszuschüssen in schulischen Ganztagsangeboten wird weiterbeobachtet und der Leistungskatalog zum Familienpass sowie der Haushaltsansatz bei Bedarf angepasst.

2. Auswirkungen von Gesetzesänderungen und Konsequenzen für die Familienpassrichtlinien der Stadt Oelde

2.1 Änderungen des Kinderzuschlags (KIZ) nach § 6a Bundeskindergeldgesetz (BKGG) zum 01.10.2008

Mit dem vereinfachten und erweiterten Kindergeldzuschlag sollen Familien, die mit ihrem Erwerbseinkommen den Lebensunterhalt und Miete zwar für sich, nicht aber für ihre Kinder decken können, aus der laufenden Grundsicherung nach dem SGB II herausgeholt werden. Diese Familien werden überwiegend in den Wohngeldbezug wechseln.

Dieser Personenkreis sollte daher als neue laufende Nummer 5 in den Berechtigtenkreis des Familienpasses der Stadt Oelde aufgenommen werden. Die Familien hätten Anspruch auf alle Leistungen aus dem Leistungskatalog einschließlich der Zuschüsse zu Klassenfahrten.

Weil grundsätzlich für diese Familien nach wie vor ein Anspruch auf einmalige Beihilfen nach dem SGB II oder SGB XII für die Klassenfahrten bestehen kann, ist dieser Anspruch vorrangig zu prüfen. Bei diesen Familien wird aber bei jedem Kind ein Eigenanteil aus dem übersteigenden Einkommen (berechnet über einen Zeitraum von sechs Monaten) verlangt, so dass ein ungedeckter Bedarf für die Klassenfahrten verbleiben würde. Dieser soll künftig über den Wegfall der Begrenzung „Zuschuss erst ab dem zweiten Kind“ aufgefangen werden. Gleichzeitig erfolgt eine Begrenzung der förderfähigen Klassenfahrtkosten auf die Höchstgrenzen der Richtlinien zum SGB II und SGB XII wie folgt:

Der Zuschuss wird bis max. 75€ zu den nachweislich ungedeckten Kosten der Klassenfahrten aus dem Familienpass gewährt. Dies gilt nicht, wenn sich die ungedeckten Kosten aufgrund von Überschreitung der Höchstgrenzen nach den Richtlinien der ARGE SGB II bzw. des Kreises

Warendorf ergeben. Insoweit sind die Schulen angehalten und mehrfach darauf hingewiesen, bei Klassenfahrten diese Höchstgrenzen einzuhalten. Aktuell betragen die förderfähigen Höchstgrenzen für:

Klassenfahrten 1.-4. Klasse	100 Euro
Klassenfahrten 5.-7. Klasse	140 Euro
Klassenfahrten 8.-10.Klasse	200 Euro
Klassenfahrten ab 11. Klasse	300 Euro.

Mit Mehrkosten gegenüber 2008 in Höhe von rund 1.500€ muss durch diese Änderungen bei den allgemeinen Kosten für den Familienpass in 2009 gerechnet werden.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten für den Familienpass betragen in 2009: 26.500 € ; davon

Zuschuss Mittagessen:	21.000 €
allgemeine Zuschüsse:	5.500 €.

2.2. Inkrafttreten der Änderungen im Familienpass

Alle bisher in 2008 ausgestellten Familienpässe behalten ihre Gültigkeit bis zum Jahresende, die Klassenfahrten sind für 2008 durchgeführt und abgerechnet, so dass die Satzungsänderungen für den Familienpass erst zum 01.01.2009 in Kraft treten müssen.

Die vorgeschlagenen Änderungen im Familienpass sind in der Beschlussvorlage durch graue Hinterlegung kenntlich gemacht.

Da sich die Anzahl des Familienpasses rückläufig entwickelt hat, fragt der Ausschuss nach, welche Gründe es für den Rückgang der Anzahl der Familienpassinhaber geben kann. Dazu kann die Verwaltung jedoch keine eindeutige Antwort geben.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, die Familienpassrichtlinien zum 01.01.2009 in der nachfolgenden Fassung zu ändern:

Richtlinien für den Familienpass der Stadt Oelde

Der Oelder Familienpass hat zum Ziel, zur Förderung der Familien in Oelde beizutragen und ihnen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Stadt zu ermöglichen.

I. Personenkreis

Den Familienpass erhalten Familien, die ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Oelde haben und mindestens eine der Voraussetzungen zur Anspruchsberechtigung nach II) erfüllen.

Familien sind Ehegatten und Alleinerziehende mit mindestens einem Kind. Als Kinder gelten Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und alle weiteren kindergeldberechtigten Personen.

II. Anspruchsberechtigung

Anspruchsberechtigt sind:

1. Empfänger von Sozialgeld oder Arbeitslosengeld II einschließlich von Leistungen nach § 22 SGB II ohne Zuschläge nach § 24 SGB II;
2. Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII;

3. Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung (Viertes Kapitel SGB XII);
4. Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz;
5. Empfänger von Leistungen nach § 6 a BKGG - Kinderzuschlag -;
6. Erziehungsberechtigte, deren Grad der Behinderung nicht nur vorübergehend wenigstens 80 vom Hundert beträgt;
7. Empfänger von Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des SGB XII oder von Pflegegeld nach landesgesetzlichen Vorschriften;

Darüber hinaus sind anspruchsberechtigt:

8. Familien, deren Kind die OGS an einer der Oelder Grundschulen besucht und die der niedrigsten Einkommensgruppe nach der jeweils geltenden Elternbeitragstabelle zuzuordnen sind. Der Zuschuss wird gewährt i.H.v. 50 %, maximal jedoch 1,50 €, zu den Kosten eines Mittagessens. In diesem Fall sind die Familienpassleistungen auf die Bezuschussung der Kosten für das Mittagessen beschränkt.
9. Asylbewerber auf ausdrücklichen Vorschlag des für Leistungen an Asylbewerber zuständigen Mitarbeiters im Fachdienst Soziales unabhängig vom Familienstand. In diesem Fall sind die Leistungen begrenzt auf die Förderung von Sprachkursangeboten bei der VHS.
10. Familien mit einem behinderten Kind, dessen Grad der Behinderung wenigstens 50 % vom Hundert beträgt.

III. Leistungskatalog

1. Eine Ermäßigung von 50 % wird gewährt auf
 - kulturelle Veranstaltungen von FORUM Oelde (Ermäßigung wird nur in der jeweils niedrigsten Preiskategorie gewährt)
 - Kurse und Einzelveranstaltungen der VHS Oelde-Ennigerloh (ausgenommen Studienreisen). Landes- oder bundesweite Förderungsmöglichkeiten sind hierbei vorrangig in Anspruch zu nehmen.
 - Benutzerausweis der Stadtbücherei Oelde
 - Eintrittskarten der Burgbühne Stromberg
 - Eigenanteil der Schulbücher. Die gesetzlichen Befreiungen müssen vorrangig in Anspruch genommen werden.
 - Kurse und Einzelveranstaltungen des Jugendwerkes „Alte Post Oelde“ einschließlich Elternbeiträge für die Übermittagbetreuung
 - Elternbeiträge für die Verlässliche Halbtagschule 8-1 an Oelder Schulen
 - Zusatzkosten für die Nutzung der Schulwegjahreskarten außerhalb der Schulzeit
 - Teilnehmerbeiträge für Veranstaltungen/Maßnahmen im Rahmen der Oelder Ferienspieltage
 - auf die Kosten des Mittagessens im Rahmen der Offenen Ganztagschulen sowie der verbindlichen Ganztagsangebote weiterführender Schulen in Oelde, maximal jedoch 1,50 € pro Mittagessen. Landes- oder bundesweite Förderungsmöglichkeiten sind hierbei vorrangig in Anspruch zu nehmen.
2. Für Klassenfahrten müssen die gesetzlichen Beihilfen vorrangig in Anspruch genommen werden. Wird keine oder nur eine teilweise Beihilfe zur Klassenfahrt bewilligt (ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen), wird ein Zuschuss bis zu 75,00 € zum nicht gedeckten Eigenanteil gewährt. Ungedeckte Kosten aufgrund einer Überschreitung der Höchstgrenzen für Beihilfen zu Klassenfahrten entsprechend der Richtlinien zum SGB II/SGB XII werden nicht bezuschusst.
3. Der Eigenanteil für die Elternkurse „Starke Eltern – starke Kinder“ der Familienbildungsstätte wird erstattet. Der Elterngutschein des Kreises Warendorf muss vorrangig eingelöst werden.
4. Auf die Geldwertkarten für das Hallenbad wird ein Nachlass von 5,00 € gewährt.

IV. Verfahren, Geltungsdauer, Verstoß gegen die Richtlinien

1. Der Familienpass kann bei der Stadt Oelde – Bürgerbüro – beantragt werden. Der Antragsteller hat die Anspruchsberechtigung durch die Vorlage des entsprechenden Bescheides im Original oder in beglaubigter Kopie nachzuweisen.
2. Er gilt bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen ab Antragstellung für das jeweils laufende Kalenderjahr. Der Pass ist für jedes Kalenderjahr neu zu beantragen.
3. Im Falle eines Verstoßes gegen die Familienpassrichtlinien, insbesondere im Fall des Missbrauches, kann die Stadt Oelde nach pflichtgemäßem Ermessen einen erteilten Familienpass mit Wirkung auch für die Vergangenheit widerrufen und den ausgestellten Pass einziehen. In diesem Fall verliert der Familienpassinhaber für die Dauer von mindestens 2 Jahren und höchstens 10 Jahren das Recht auf erneute Erteilung eines Familienpasses, auch wenn die übrigen wirtschaftlichen und persönlichen Voraussetzungen ansonsten vorliegen sollten.

V. Inkrafttreten

Die Richtlinien für den Oelder Familienpass treten am **01.01.2009** in Kraft.

9. Sachstandsbericht und Seniorenarbeit/Altenhilfe der Stadt Oelde Vorlage: M 2008/500/1370

Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept 2015+

Frau Gröver berichtet über den aktuellen Stand zur Seniorenarbeit/Altenhilfe.

In den Workshops zum Stadtentwicklungskonzept wurde bereits über den Bedarf einer unabhängigen Seniorenbegegnungsstätte diskutiert. Mit der Auswertung der Bürgerumfrage 55+ liegen nun valide Hintergrundzahlen und Detailvorstellungen des angesprochenen Personenkreises für eine Begegnungsstätte vor. Einzelheiten wurden in der heutigen Sitzung unter TOP 1 vorgestellt. Langfristig ist zu überlegen, ob ein gemeinsames Haus für Jung und Alt mit festem Ansprechpartner zur Verfügung gestellt werden soll.

Seit ihrem Bestehen trifft sich die Internet-Gruppe des SeniorenForums Oelde jeden Dienstagnachmittag im DRK-Heim, Wallstr. und Mittwoch Vormittag in der VHS. Die Gruppe hat dauerhaft so starken Zulauf, dass die Räume im DRK-Heim als Treffpunkt nicht genügend Platz bieten. Auf Beschluss der VK stellt die Stadt Oelde ab November die leerstehenden Räume im Bahnhofsgebäude (ehemals Raumausstattung Beyer) für die Seniorenarbeit zur Verfügung, bis über eine Seniorenbegegnungsstätte oder ein Mehrgenerationshaus entschieden ist und hierfür geeignete Räumlichkeiten gefunden sind.

Die Räume im Bahnhof sollen von allen Gruppen aus dem SeniorenForum Oelde genutzt und ein erster zentraler Anlaufpunkt geschaffen werden.

Für die Raumnutzung (Miete, Nebenkosten, Reinigung) entstehen Kosten in Höhe von ca. 6.000 €, die ab 2009 im Etat eingeplant werden müssen.

Je nach Umsetzung der Ergebnisse aus der Bürgerumfrage müssen mittelfristig weitere Kosten – Raumkosten, Ausstattung und Personalkosten – für eine Begegnungsstätte mit einer Ehrenamtszentrale einkalkuliert werden.

Die Personalkosten würden z.B. bei der Stellenbesetzung TVöD Gr. 8 mit einem Stundenanteil von 12 Stunden/Woche etwa 13.000 € pro Jahr betragen.

Mit laufenden Gesamtkosten in Höhe von mindestens 25.000 € neben den sonstigen Kosten für die Seniorenarbeit ist zu rechnen.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

10. Verschiedenes

10.1. Mitteilungen der Verwaltung

1. Frau Gröver teilt mit, dass das neue Familienleistungsgesetz ab 01.01.2009 von der Bundesregierung beschlossen worden ist. Danach gibt es für das 1. und 2. Kind jeweils 10,00 € mehr, also pro Kind 164,00 € mtl., ab 3. Kind + 16,00 € insgesamt 170,00 € mtl., ab 4. und weitere Kinder + 16,00 €, also insgesamt 195,00 € mtl..
Zukünftig gibt es eine weitere Leistung für jedes Schulkind. Danach erhält jedes Schulkind bis zur 10. Klasse im SGB II/SGB XII-Bezug einmalig jährlich 100,00 € als Schulbedarfspaket.

2. Sachstand Oelder Tafel

Der neue Name für die Oelder Tafel heißt nunmehr „Oelder Tisch“. Die Gründungsversammlung für den Oelder Tisch findet am 06.11.2008 statt. Als vorläufiger Vorsitzender fungieren Herr Klemens Geissen bzw. stv. Vorsitzender Herr Herbert Steffentorweihen. Der Verein Oelder Tisch arbeitet eng mit der Ennigerloher Tafel zusammen. Die Ennigerloher Tafel übernimmt v.a. das Einsammeln der Spenden mit vorhandenem Kühl-LKW. Voraussichtlich wird der Oelder Tisch Anfang 2009 beginnen.

3. KOMM IN Projekt NRW zur Förderung der Integration von Migranten

Frau Gröver berichtet, dass für dieses Projekt Landesmittel in Höhe von 40.000 € bereitgestellt werden. Ziel ist das Erstellen eines Integrationsnetzwerkes. Die Auftaktveranstaltung fand am 27.08.2008 statt. Begleitet und betreut wird dieses Projekt von dem Imap-Institut, Leverkusen, in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst 510 (Herr van der Veen).

3 Arbeitskreise wurden gegründet:

- Arbeit und Soziales, Ansprechpartner Stadt Oelde: Frau Gröver
- Erziehung, Bildung, Sprache, Ansprechpartner Stadt Oelde: Herr Siemer
- Freizeit und Kultur, Ansprechpartner Stadt Oelde: Herr van der Veen

Die ersten Treffen der Arbeitskreise haben stattgefunden. Erarbeitet werden soll ein Maßnahmenkatalog zur besseren Integration. Die Vorbereitung soll bis Januar 2009 abgeschlossen sein.

4. Frau Gröver berichtet, dass die Seniorennachmittage „Senioren machen Programm für Senioren am 18. und 19. November 08 von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Bürgerhaus stattfinden werden. Es wäre schön, wenn auch Mitglieder des Ausschusses teilnehmen würden.
5. Frau Gröver berichtet, dass der Vorstand der Hubertus-Schützengilde an die Stadt herangetreten ist und angefragt hat, ob für Juni 2009 im Rahmen eines Jubiläums die Stadt u.a. die Gestaltung eines Seniorennachmittages übernehmen kann. Kostenlos kann dafür das Schützenzelt zur Verfügung gestellt werden. Die Bewirtung übernehmen einige Frauen der Schützengilde. Ein erstes Vorgespräch findet im Dezember mit dem Schützenverein statt.
6. Auch im Dezember werden wieder die Altenheime besucht. Als Termin ist der 7. Dezember 08 mit dem von-Galen-Heim abgesprochen worden.

Das Seniorenheim „Am Eichendorffpark“ wird auch am 7. Dezember besucht werden.

Dieser Termin war noch nicht zur Sitzung des Ausschusses Soziales, Familien und Senioren bekannt. Es wird z.Zt. noch überlegt, ob auch ein Besuch des Franziskushauses durchgeführt werden kann.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

10.2. Anfragen an die Verwaltung

1. Herr Fischer teilt mit, dass zu er zu dem Tagesordnungspunkt „Oelder Tisch“ (Verschiedenes) auf eine Ausstellung in der Alten Post hinweisen möchte, die zum Eintrittspreis von 5,00 € zu besuchen ist. Beginn: 17.00 Uhr
2. Weiter möchte Herr Fischer auf einen Besuch in der Gütersloher Suppenküche hinweisen. Er habe mit den Organisatoren vereinbart, dass eine Führung in der Gütersloher Suppenküche stattfinden könnte.
Die Ausschussmitglieder werden dieses Thema in den Fraktionen besprechen und sich bei dem Fachdienst Soziales, Familie und Senioren/Frau Gröver melden.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Hiltrud Krause
Vorsitzende

Hannelore Rampelmann
Schriftführerin